

Der Bundeshaushalt im Lichte der Grundgesetzänderungen



Finanzpolitische Wende für Verteidigung und Infrastruktur



Chancen:

Modernisierung der
Infrastruktur,
Wachstumsschub,
Aufbruchsstimmung

Risiken:

„Verschiebepbahnhof“,
Inflation (Stagflation),
föderales Bürokratiemonster,
steigende Zinslasten

Bundeshaushalt und Finanzplanung auf einen Blick

In Mrd. €	2. RegE 2025	RegE 2026	Finanzplan 2027	2028	2029
Nettokreditaufnahme insg.	143,1	174,3	172,7	174,9	186,1
Im HH, inkl. Bereichsausnahme Sicherheit / Verteidigung	81,8	89,9	88,1	116,5	126,9
Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität	37,2	58,9	57,1	58,4	59,2
SV Bundeswehr	24,1	25,5	27,5	-	-
Deckungslücke			34,3	63,8	74,0

Schuldenbremse: Drei Grundgesetzänderungen im Fokus

Bund und Länder erhalten größere Finanzierungsspielräume

1. Ausnahmeregelung für Verteidigungsausgaben

- Erweiterung des Verteidigungsbegriffs auf Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit
- ... Ausgaben dürfen kreditfinanziert werden, soweit sie 1 Prozent des BIP übersteigen.

2. Sondervermögen für Investitionen

- Zusätzliche Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro in einem Zeitraum von zwölf Jahren
- ... davon 300 Milliarden Euro für den Bund, jeweils 100 Milliarden Euro für KTF und Länder/Kommunen

3. Strukturelle Verschuldungsmöglichkeit für die Bundesländer

- Nettokreditaufnahme von 0,35 Prozent vom BIP pro Jahr analog zum Bund möglich, also rund 15 Milliarden Euro
- ...Regelung folgt der Steuerverteilung, nach der Bund und Länder gleich hohe Steuereinnahmen erhalten.

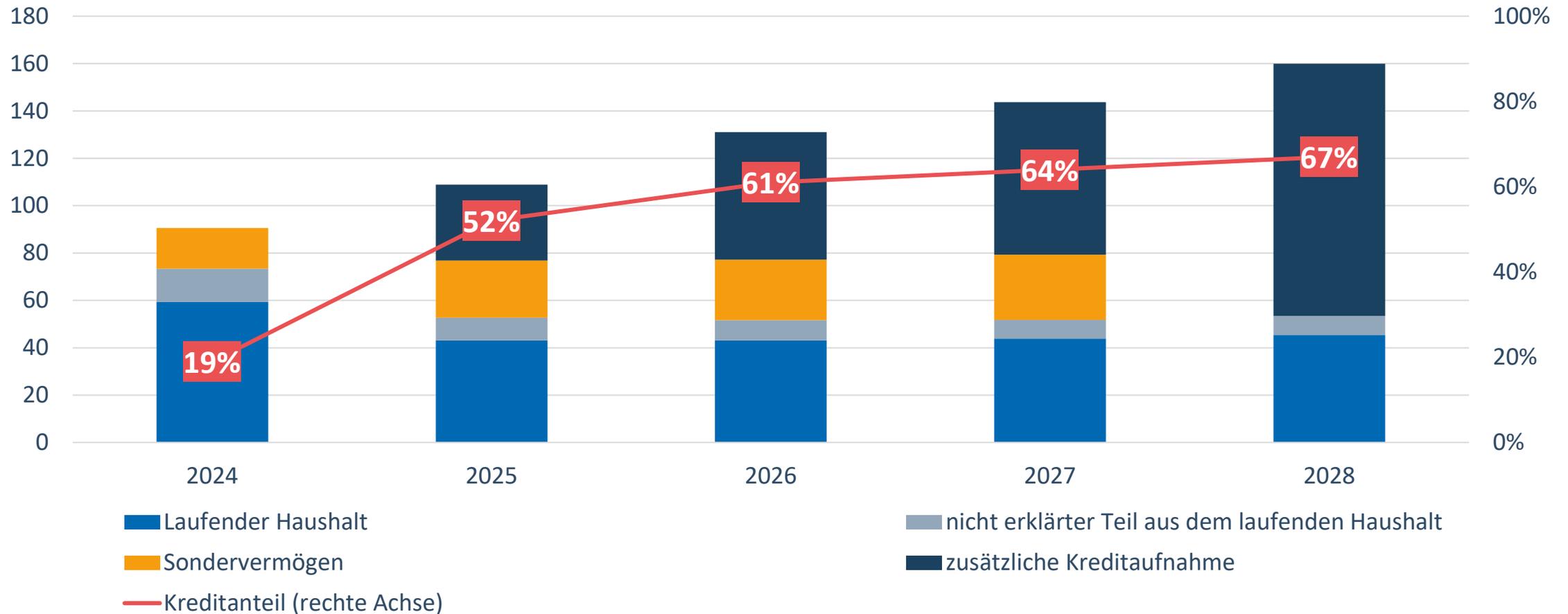
Haushaltsspielraum steigt durch Ausnahmeregelung für Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit

Bundesministerium (Haushaltsbereich/Haushaltsposten)	In Mrd. Euro für 2025
Bundesministerium der Verteidigung (gesamter Etat)	53,3
Allgemeine Finanzverwaltung (Ukraine-Hilfe)	7,0
Auswärtiges Amt (Sicherung von Frieden und Stabilität)	2,6
Bundeskanzleramt (Nachrichtendienst)	1,2
Bundesministerium des Innern und der Heimat (Bevölkerungsschutz)	0,2
Bundesministerium des Innern und der Heimat (Sicherheitsaufgaben)	0,9
Bundesministerium des Innern und der Heimat (Verfassungsschutz)	0,5
Bundesministerium des Innern und der Heimat (THW)	0,4
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Wiederaufbau)	0,6
Zu berücksichtigende Ausgaben	66,7
In Prozent des BIP	1,5
Haushaltsspielraum bei Grenzwert von 1 Prozent	22,4

Quelle: Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft auf Basis des Bundesministeriums der Finanzen

Verteidigungsausgaben zu zwei Dritteln kreditfinanziert

Ausgaben für Verteidigung in Milliarden Euro (NATO-Meldung)



Quelle: IW auf Basis BMF

„Zusätzliche“ Investitionen als (unsicheres) Versprechen



„Zusätzlichkeit“ ist nach der getroffenen Regelung gegeben, sofern im Bundeshaushalt eine **Investitionsquote** von mindestens 10 Prozent erreicht wird.



Fehlanreiz, da bei aktuell 11 Prozent Investitionsquote Haushaltsmittel von 5 Milliarden Euro pro Jahr freigesetzt werden zur beliebigen Verwendung.



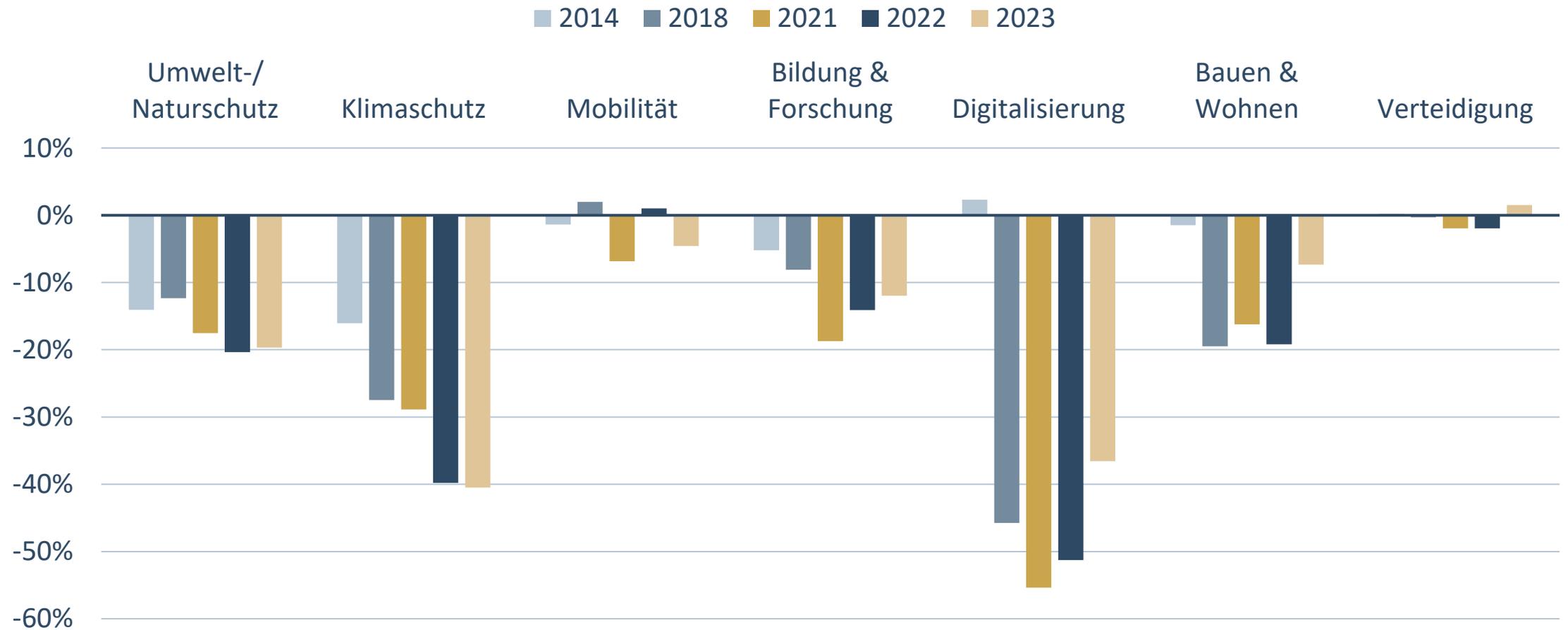
Abweichungen zwischen **Soll- und Ist-Werten** könnten „Zusätzlichkeit“ in Frage stellen, wenn nicht alle Investitions-mittel abgerufen werden, so dass Investitionsquote in der Haushaltsplanung höher ausfällt als nach Ist-Wert.



Bei Mitteln für **Länder/Kommunen** gibt es keine Kriterien für „Zusätzlichkeit“: Verschiebung zu Konsumausgaben möglich.

Bundesregierung verfehlt in Zukunftsfeldern Ausgabenziele

Lesehilfe: Ist-Wert für Klimaschutz im Jahr 2023 unterschreitet Soll-Wert um 40 Prozent



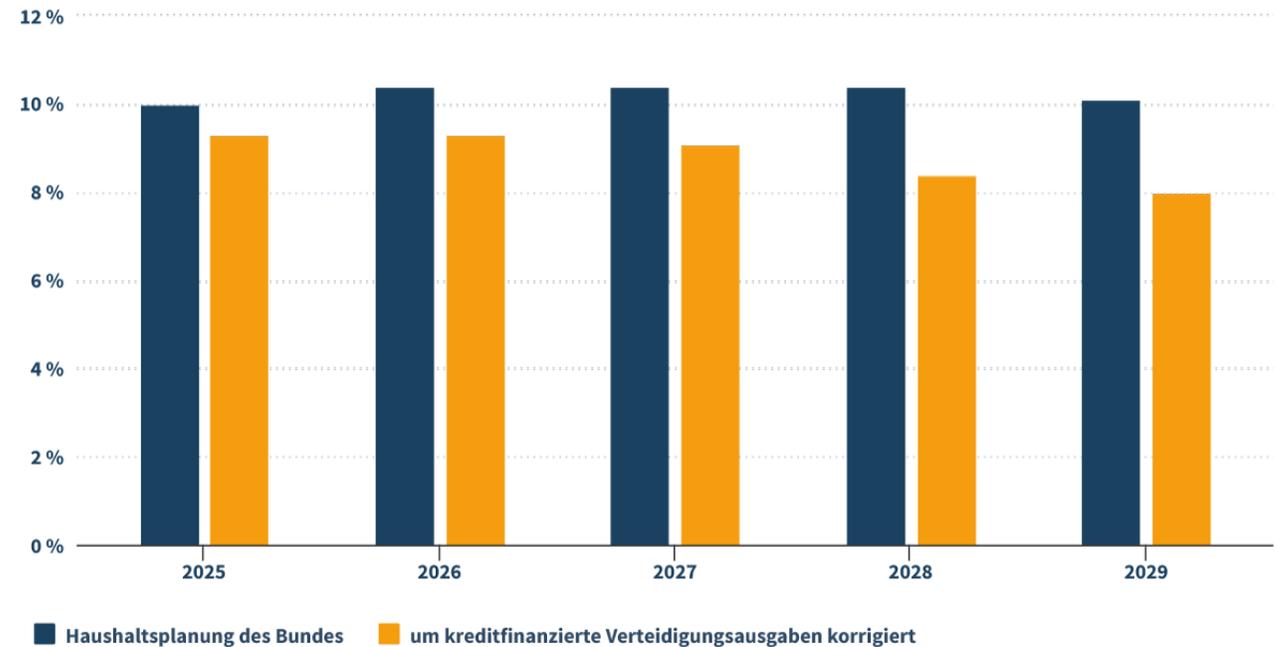
Quellen: Deutscher Bundestag; vbw; Institut der deutschen Wirtschaft

Investitionsquote im Kernhaushalt sinkt bis 2029

- Herausrechnen der **kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben** lässt Investitionsquote höher erscheinen
- **Sondervermögen** gleicht den Rückgang zwar aus, verfehlt damit aber zum Teil das Ziel zusätzlicher Impulse
- **Haushaltlücke** im Bundeshaushalt bis 2029 von mehr als 170 Milliarden Euro zeigt Handlungsbedarfe
- **Strukturreformen** lassen auf sich warten: Bürokratie und Sozialsysteme bleiben bisher unangetastet

Investitionsquote im Bundeshaushalt

Investitionen als Anteil an den Gesamtausgaben im Kernhaushalt des Bundes*



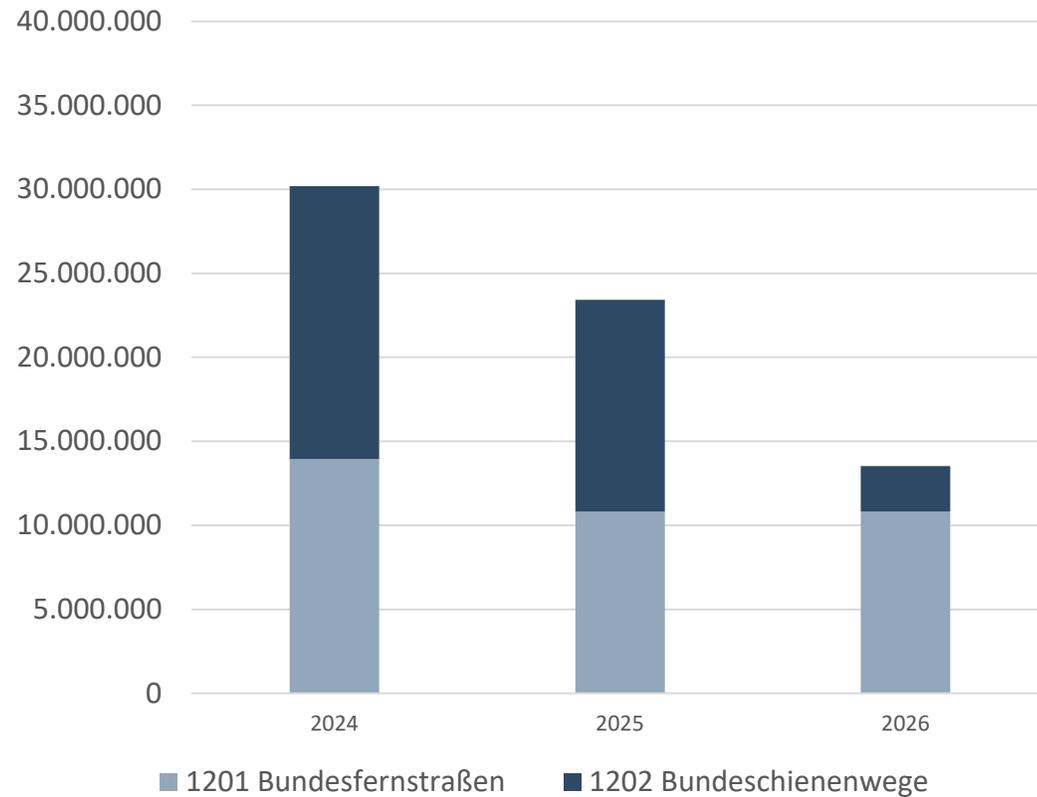
*Zähler und Nenner ohne finanzielle Transaktionen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis der Haushaltsplanung (BMF, 2025a)

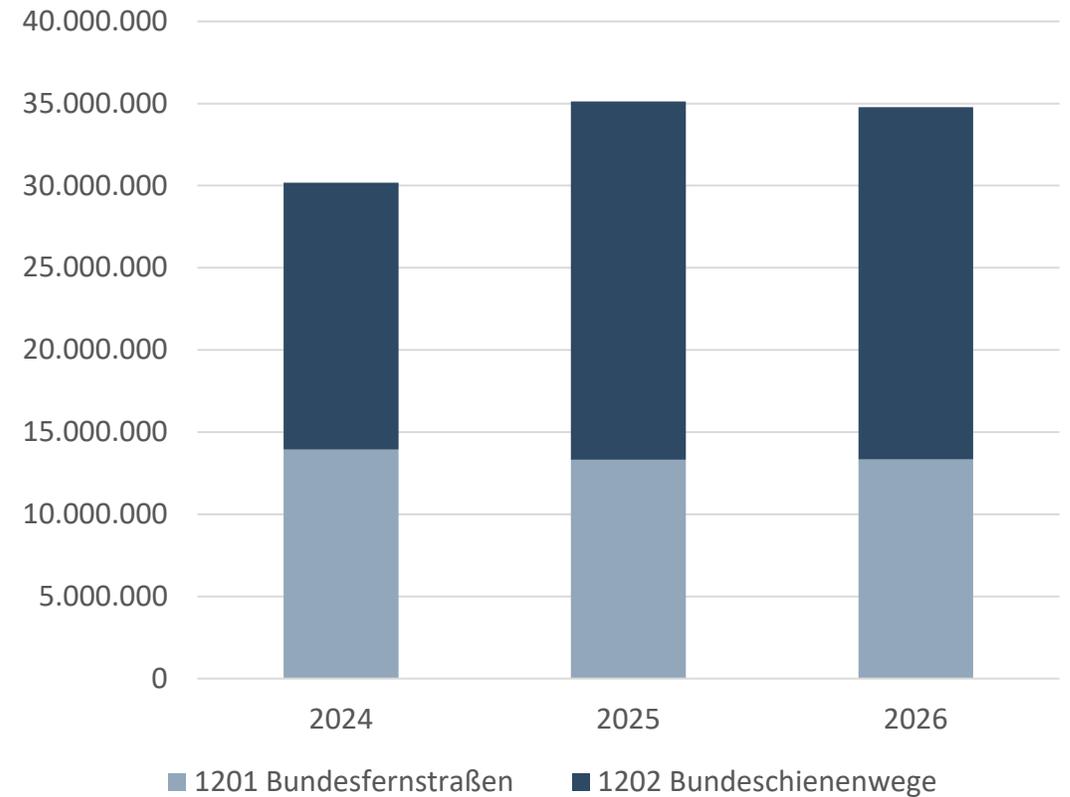
Verkehrsinfrastruktur: Zusätzlichkeit nicht voll erreicht

Ausgaben in Milliarden Euro

Kernhaushalt

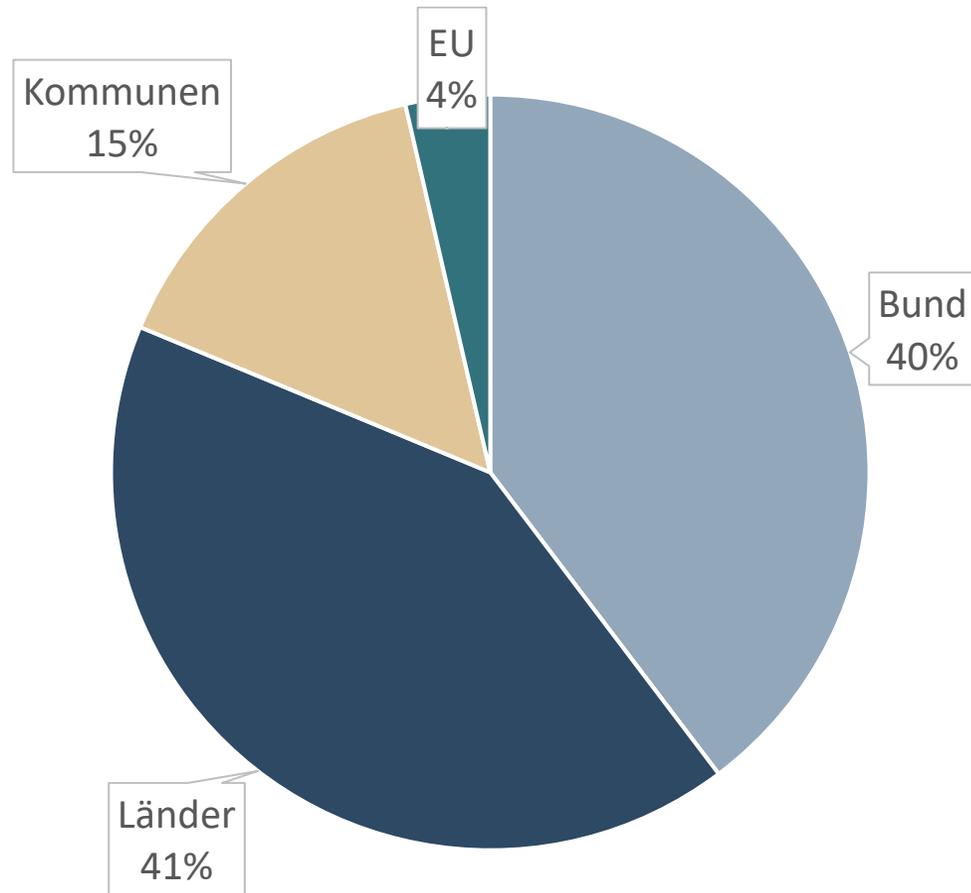


Kernhaushalt + Sondervermögen



Föderalismus legt Gleichbehandlung von Bund und Ländern nahe

Steuerverteilung im Jahr 2025 nach Gebietskörperschaften

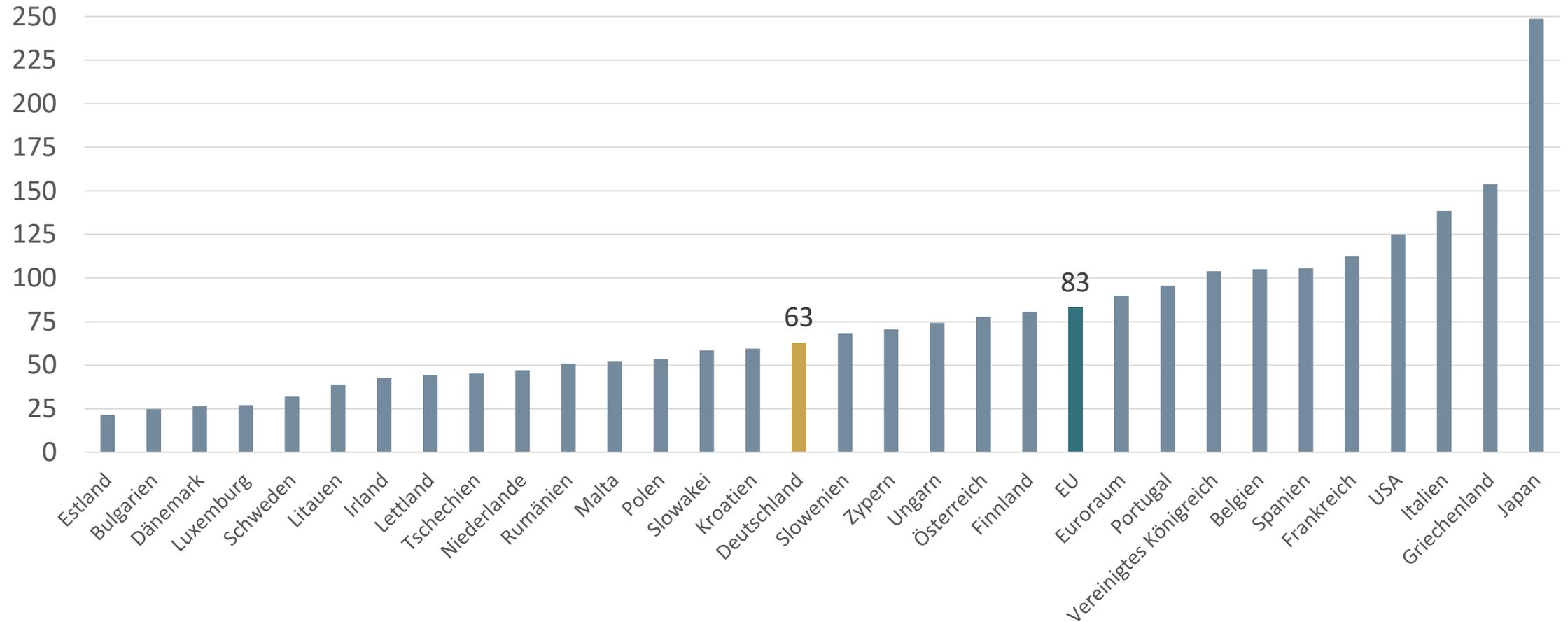


Quelle: Steuerschätzung Mai 2025

- Es entsteht analog zum Bund ein **struktureller Verschuldungsspielraum** für die Länder von aktuell rund 15 Milliarden Euro im Jahr (0,35 Prozent des BIP).
- Aufteilung nach Einwohnerzahl (1/3) und Wirtschaftskraft (2/3) (sog. **“Königsteiner Schlüssel”**), so dass der Spielraum je Bundesland zum Teil moderat ausfällt.
- Verwendung ist den Ländern freigestellt – **keine Anknüpfung an Investitionsbegriff**, auch Konsumausgaben oder Steuersenkungen können auf dem Weg finanziert werden.

Deutschland steht bei der Schuldenquote (noch) gut da

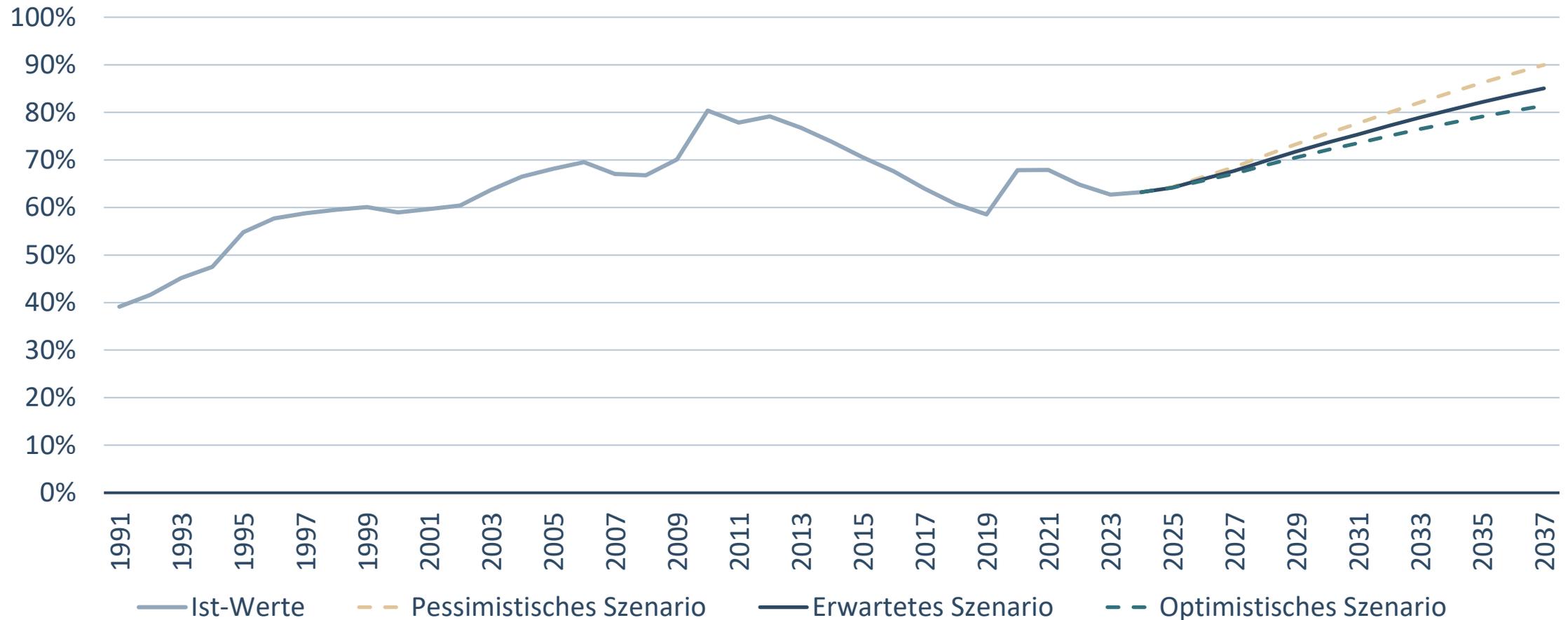
Staatsschulden im Jahr 2024 in Prozent des nominalen BIP



Quellen: EU-Kommission; BMF

Szenario-Rechnungen zeigt Risiko steigender Schuldenquote

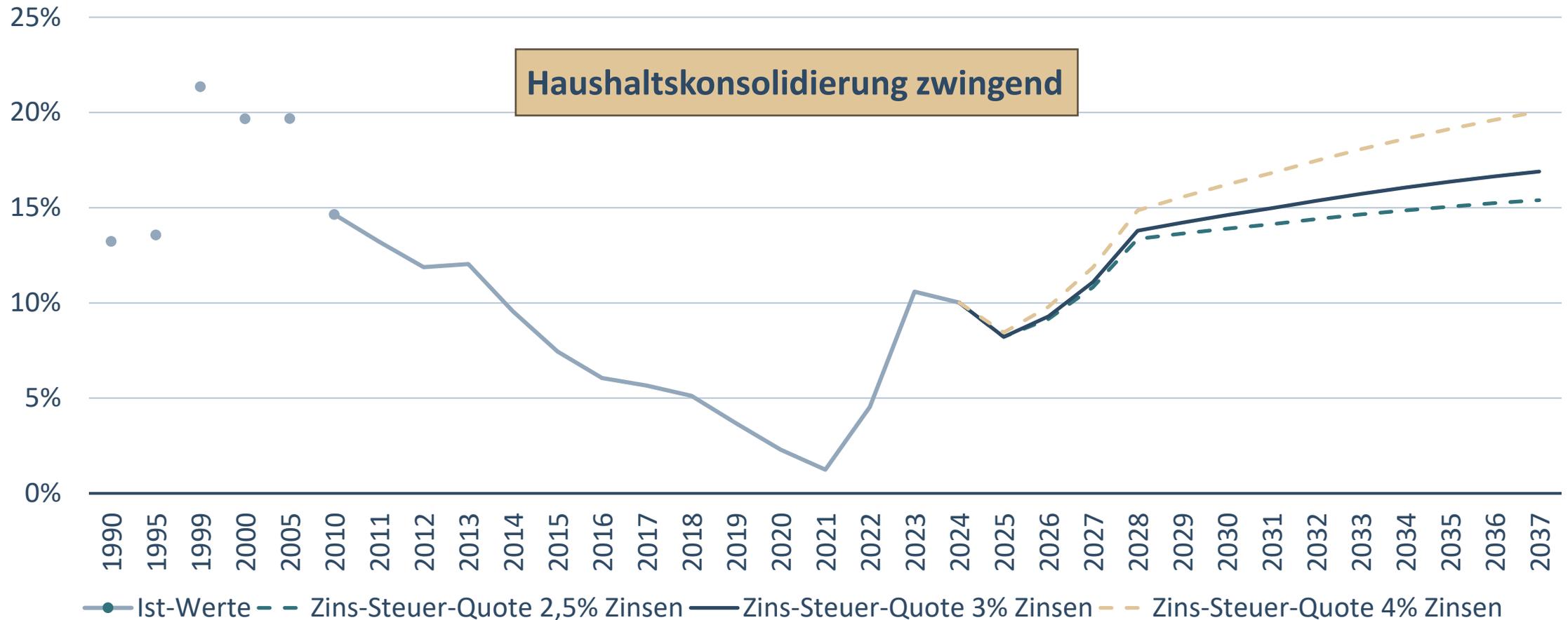
Gesamtstaatlicher Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis des Statistischen Bundesamts

Steigende Zins-Steuer-Quote verringert Haushaltsspielräume

Zinsausgaben im Bundeshaushalt im Verhältnis zu den Steuereinnahmen



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis des BMF

Erfolgsfaktoren: Bürokratie runter, Kapazitäten rauf

Effizienter Mitteleinsatz & Strukturreformen: Der Ausgabenanstieg (auch durch Zinslasten) erfordert eine wachstumsorientierte Mittelverwendung.

Wirtschaftsstandort stärken: Investitionsanreize für Unternehmen und angebotsseitige Strukturreformen sind essenziell zur Minimierung von Inflationsrisiken. Ohne Kapazitätsaufbau ist Inflationsdruck absehbar.

Nachhaltige Staatsfinanzen: Investitionen in Infrastruktur sollten nur kreditfinanziert sein, sofern sie generationenübergreifenden Nutzen stiften. Verteidigungsausgaben sollten langfristig aus laufenden Einnahmen gedeckt werden. Eine anreizorientierte Reform der Schuldenbremse ist weiterhin zielführend.

Politische Führungsstärke gefragt: Der Spielraum durch zusätzliche Schulden schafft Chancen, erfordert aber klare Investitionsziele und entschlossene politische Maßnahmen zur Vermeidung eines Verschiebeparkplatzes.



Dr. Tobias Hentze

Leiter Cluster Staat, Steuern und Soziale Sicherung

hentze@iwkoeln.de

iwkoeln.de

